



**Die Gewerkschaft.  
Le Syndicat.  
Il Sindacato.**

Medienkonferenz Start der Kampagne «16 Tage gegen Gewalt an Frauen»  
23. November 2009  
**Corinne Schärer, Gewerkschaftssekretärin Gleichstellungspolitik Unia**

*Es gilt das gesprochene Wort*

## **Frauen doppelte Verliererinnen der Krise. Gleichstellungspolitik ist kein Schönwetterprogramm**

Gewalt gegen Frauen hat viele Facetten. Eine wesentliche Ursache für die anhaltende Benachteiligung der Frauen in unserer Gesellschaft ist die strukturelle Gewalt. Unsere Gesellschaft ist noch immer so organisiert, dass Frauen und Männer nicht die gleichen Chancen und Möglichkeiten im Leben haben. Besonders **im Zusammenhang mit der Berufstätigkeit von Frauen und der Verbindung von Familie und Beruf** bestehen zahlreiche Hürden. Dies obwohl wir auf der rechtlichen Ebene mit der Einführung des Gleichstellungsgesetzes vor 13 Jahren einen wichtigen Fortschritt erreicht haben. Doch gerade punkto Löhne, sind wir in der Realität noch weit von der im Gesetz vorgeschriebenen Lohngleichheit entfernt. Dazu kommt, dass wir uns aktuell in einer besonderen Situation befinden. Wir sind mit einer der **grössten Wirtschaftskrisen konfrontiert**, welche sich stark nachteilig auf Frauen auswirkt. So stehen Frauen als doppelte Verliererinnen der Krise da: der Graben zwischen postulierter rechtlicher Gleichstellung und der realen Gleichstellung wird noch grösser. Dies ist natürlich inakzeptabel, denn Gleichstellung ist ein Recht und kein Schönwetterprogramm!

### **Wie wirkt sich die Krise auf die Frauen aus?**

Aus früheren Krisen wissen wir, dass sich Wirtschaftskrisen sehr rasch nachteilig auf die Frauen auswirken. Frauen sind stärker von Arbeitslosigkeit betroffen, Teilzeitarbeitsplätze (und damit grossmehrheitlich Frauenarbeitsplätze) sind besonderes gefährdet. Der Druck auf unsichere Arbeitsverhältnisse steigt, z.B. erfolgen Pensenreduktionen bei Arbeit auf Abruf und im Stundenlohn, ohne dass diese in den offiziellen Statistiken zu Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit sichtbar werden. Gerade Frauen und insbesondere Migrantinnen haben solche prekären Arbeitsplätze inne. Frauen profitieren zudem kaum von Weiterbildungsmaßnahmen und können sich so nicht für Arbeitsplätze der Zukunft qualifizieren. Die Schwierigkeiten bei Kurzarbeit massgeschneiderte, individuelle Weiterbildungen und Umschulungen aufzugleisen, sind bei Frauen noch grösser als bei Männern, da Frauen aufgrund von Familienpflichten weniger flexibel sein können.

**Dies alles mutet besonders zynisch an, waren es doch nicht die Frauen, sondern Banker, Finanzjongleure und unersättliche Spekulanten, welche uns in die Krise stürzten. Die Krise sollten also bestimmt nicht die Frauen zahlen!**

### **Genau das scheint aber einzutreten. Die Alarmzeichen stehen auf rot:**

Die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise schien bisher überdurchschnittlich viele Arbeitsplätze von Männern in der Industrie zu treffen. Bereits im September 2009 hat jedoch die **allgemeine Arbeitslosenquote der Frauen die der Männer (Frauen 4.0%. Männer 3.9%) übertroffen**. Vergleicht man zudem die Daten der Beschäftigungsstatistik vom Herbst 2008 (3. Quartal), also vor Ausbruch der Krise, mit dem 2. Quartal 2009, so zeigt sich deutlich, dass auch in der **Industrie** mehr Frauen als Männer vom Stellenabbau betroffen sind (Frauen -3.8%, Männer -3.0%). Gerade in der **Uhrenindustrie**, in der viele Frauen arbeiten, ist die Arbeitslosigkeit mit knapp 13 Prozent erschreckend hoch! Zudem weitet sich die Arbeitslosigkeit jetzt auf andere Branchen aus, insbesondere **Dienstleistungsbranchen**, in welchen viele Frauen arbeiten. Denn die mangelnde Kaufkraft der Bevölkerung führt dazu, dass weniger konsumiert wird und sich die Krise nochmals verstärkt. Dies sieht man z.B. deutlich im Gastgewerbe und der Hotellerie, welche bereits eine Arbeitslosenquote von 6.4% aufweist.

Schaut man zudem die **nominale Lohnentwicklung** des letzten Jahres an, so fiel die Lohnentwicklung der Frauen zum zweiten Mal schwächer aus als die der Männer (M 2,2%, F 1.8%). Ein deutliches Zeichen auch dafür, dass sich die Lohnungleichheit der Frauen nicht von selber verbessern wird. Dies ist vor dem Hintergrund der Tatsache, dass **die Frauen immer noch deutlich weniger verdienen als Männer** (durchschnittlich 19,3 Prozent) besonders bedenklich. Die Lohnschere zwischen Frau und Mann hat sich 2007 und 2008 erstmals seit 1996 (Einführung des Gleichstellungsgesetzes) sogar geöffnet (2006 war die Differenz noch 18.9 Prozent)!h Gestützt auf die Erfahrungen in früheren Krisen ist zudem zu befürchten, dass Frauen ihren **Beschäftigungsgrad unfreiwillig reduzieren müssen; d.h. Teilzeitarbeit ist oft nicht gewollt** sondern aufgezwungen. Zudem kann ich als Gewerkschaftssekretärin zunehmend beobachten, dass die Betriebe und Vorgesetzten gegenüber Frauen nach der Rückkehr aus dem Mutterschaftsurlaub weniger entgegenkommend sind, was flexible Arbeitszeiten und Vereinbarkeit von Familie und Beruf betrifft. Da Frauen immer noch überwiegend für die Familie und den Haushalt verantwortlich sind, sind sie durch diesen Backlash der Arbeitgeber in der Krise besonders betroffen.

### **Sparprogramme und Sozialabbau verstärken bestehende Ungleichheiten**

Auf Finanzkrisen folgen nun Sparprogramme der öffentlichen Hand, welche einschneidende Wirkung auf die Bereiche des Service Public haben werden (Gesundheit, Bildung und Soziales), in denen besonders viele Frauen arbeiten. Zudem sind gerade Frauen für die Erwerbstätigkeit auf diese Leistungen besonders angewiesen, wie z.B. das Angebot an Kinderbetreuung im Vorschul- und Schulalter. Ein Abbau in der sozialen Infrastruktur verstärkt deshalb die Doppel-Belastung der Frauen. Mit den bevorstehenden politischen Abbauprogrammen im Sozialbereich (Erhöhung des Frauenrentenalters auf 65, BVG-Revision und Revision der Arbeitslosenversicherung) werden zudem die Frauen, die sowieso durchwegs tiefere Löhne und tiefere Renten haben, einmal mehr überdurchschnittlich getroffen.

### **Gleichstellungspolitik ist kein Schönwetterprogramm**

#### **Was ist zu tun?**

- Anstelle eines häppchenweisen Abbaus von Stellen und der Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse braucht es Investitionen in die Weiterbildung und Qualifizierung der Frauen. Im Hinblick auf die Entwicklung und Anwendung neuer grüner Technologien und den eklatanten Mangel an Fachkräften in diesem Bereich, ist u.a. in kommenden Konjunkturpaketen eine Weiterbildungsoffensive in technischen Berufen für Frauen anzustossen.
- Die Umsetzung der Lohngleichheit ist kein „nice-to-have“ für gute Zeiten (wie es die Argumentation gewisser Arbeitgeber nahe legt), sondern muss prioritär realisiert werden. Dazu gehören auch Mindestlöhne für Branchen, in denen überwiegend Frauen arbeiten. Dies ist nicht nur eine Frage von Recht und Gerechtigkeit sondern auch ein Beitrag zur Stärkung der Kaufkraft der Frauen.
- Der Bereich der Care Ökonomie – der unbezahlten und bezahlten Pflege-, Betreuungs- und Sorgearbeit, die zum grössten Teil von Frauen geleistet wird – muss volkswirtschaftlich und gesellschaftspolitisch als wesentlicher Teil unseres Wirtschaftens anerkannt werden und es muss darin investiert werden. Konkret heisst das z.B., dass für eine faire Finanzierung der Kinderbetreuung 1% des BIP in Form von öffentlichen Geldmitteln zur Verfügung gestellt wird. Standards für gute Arbeit und gerechte Löhne werden ebenso für diesen Bereich entwickelt. Anreizprogramme für die Umverteilung von unbezahlter Arbeit von Frauen auf Männer werden entwickelt.
- Gemischte Teams sind erfolgreicher. Die für die Krise verantwortlichen Herren sollen die Konsequenzen ziehen und Platz machen. Gleich viele Frauen wie Männer sollen in Verwaltungsräten und Geschäftsleitungen Einsitz nehmen!

**Die Krise ist keinesfalls ein Vorwand, um Rückschritte bei der Gleichstellung hinzunehmen. Im Gegenteil: Die Krise muss die Politik und Wirtschaft herausfordern, die Weichen neu zu stellen und die Chance zu nutzen, die Lebensbedingungen von Frauen nachhaltig zu verbessern!**